

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsern Boten frei ins Haus monatlich 60 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 50 Pfg. Bei der Post beträgt und ist abgeholt monatlich 1.70 Mk. monatlich 60 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus monatlich 1.10 Mk. monatlich 1.00 Mk. Erhöht sich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsanwärter und Ausgabehelfer, sowie alle Bestellungen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die ersten 5 Zeilen zu je 100 Pfg. für die ersten 10 Tage, dann 50 Pfg. für die folgenden 10 Tage, dann 25 Pfg. für die folgenden 10 Tage, dann 10 Pfg. für die folgenden 10 Tage. Bei größeren Abmachungen und besonderen Umständen Abweichung. Anzeigenpreis für die ersten 10 Tage 1.00 Mk. für die folgenden 10 Tage 0.50 Mk. für die folgenden 10 Tage 0.25 Mk. für die folgenden 10 Tage 0.10 Mk. Bei größeren Abmachungen und besonderen Umständen Abweichung. Anzeigenpreis für die ersten 10 Tage 1.00 Mk. für die folgenden 10 Tage 0.50 Mk. für die folgenden 10 Tage 0.25 Mk. für die folgenden 10 Tage 0.10 Mk. Bei größeren Abmachungen und besonderen Umständen Abweichung.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 55. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 233 Sonnabend, den 5. Oktober 1918 13. Jahrgang

Die neuen Männer im Reiche.

Dr. Solf Staatssekretär des Auswärtigen, Scheidemann, Erzberger, Gröber Staatssekretäre. Die heutige Programmrede des Reichskanzlers. Der Kaiser zu Hertlings Rücktritt. Spannung im Auslande über die Entwicklung in Deutschland. — Neue Friedensschritte von allen Seiten. — Die Abdankung Ferdinands von Bulgarien. — Rumäniens zweifelhafte Haltung. — Ermordung eines hohen deutschen Beamten in Warschau.

Die Ereignisse in Bulgarien.

Abdankung des Königs von Bulgarien.

Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, hat nach Meldungen aus Sofia König Ferdinand von Bulgarien zugunsten seines Sohnes abgedankt.

Eine weitere Meldung besagt: Sofia, 4. Oktober. König Ferdinand hat gestern zugunsten seines Sohnes Boris abgedankt. König Boris trat die Regierung an.

König Ferdinand ist am 26. Februar 1861 in Wien als Sohn des Prinzen August von Sachsen-Koburg-Gotha und der Prinzessin Clementine von Orleans geboren und regiert seit 7. Juli 1887 als Nachfolger des seinerzeit abgestorbenen Fürsten Alexander von Bulgarien. König Ferdinand war in erster Ehe verheiratet mit Prinzessin Marie Louise von Bourbon, gestorben 1889, in zweiter Ehe mit Prinzessin Eleonore von Mecklenburg. Seit 1908 trägt Ferdinand — bis dahin Fürst — den Königstitel. Kronprinz, jetzt König Boris, ist am 18. Januar 1894 in Sofia geboren.

Bulgariens Sonderfrieden-Bemühungen.

Die Moskauer „Iswestia“ veröffentlicht wieder einige Geheimdokumente, die unter anderem beweisen sollen, daß Bulgarien sich schon seit 1915 um einen Sonderfrieden bemüht habe. Tatsache ist, daß hier die Schriftwechsel fast ausschließlich ausgelegt werden, denn Bulgarien hat bis zu der Zeit, da Malinow den Ministerposten übernahm, treu zum Mittelmächtebund gehalten. Auch in seiner ersten Regierungszeit hat Malinow noch treu zu den Verbündeten gehalten und erst später ist ihm die Ueberzeugung gekommen, daß die nationalen Ziele Bulgariens auch erreicht werden könnten, wenn Bulgarien einen Sonderfrieden mit der Entente eingehen würde. Ob die Rechnung Bulgariens sich bewahrheitet, werden wir erst später hören. Heute können wir noch nicht glauben, daß die Alliierten große Rücksichten auf Bulgarien nehmen und ihre Versprechungen an Serbien und Rumänien brechen werden. Bulgarien und namentlich der bulgarische Gesandte in Berlin, Rjow, hat sich aber, was die Veröffentlichung der „Iswestia“ erkennen läßt, ehrlich darum bemüht, mit Rußland zu einem Frieden zu kommen. Von diesen Bemühungen sind aber die Mittelmächte sämtlich unterrichtet gewesen.

Die Handlung Bulgariens damals und heute ist grundverschieden, heute Treubruch, damals Freundschaftsbündnis, damals die Wacht, im Interesse der Verbündeten den Frieden zu erwirken. Heute liegen die Dinge ganz anders: Aus allen Meldungen läßt sich erkennen, daß man in Bulgarien wieder zu der doppelzüngigen Politik früherer Jahre zurückgekehrt ist, denn die neuen Nachrichten bestätigen übereinstimmend, wie Malinow seine Verbindungen mit den Alliierten aufnahm unter Hintergehung der Verbündeten. Man weiß heute, daß zuerst der amerikanische Gesandte in Sofia der Vermittler war. Jetzt läßt sich auch verstehen, weshalb Bulgarien, dem gerade in der letzten Zeit wiederholt von deutscher Seite nahegelegt war, mit Amerika zu brechen, weiter in freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten blieb. Die deutsche Regierung konnte auf diese Weise am leichtesten Hintersagen werden. Es war ein Fehler der deutschen Regierung, daß sie immer nur mahnte und nicht forderte. England an Deutschlands Stelle hätte anders gehandelt: es hätte es jedem Verbündeten zur Bedingung gemacht, mit denen, die sich einem Verbündeten gegenüber als Gegner erklären, auch zu brechen. Wir haben jetzt die Nachschläge für unsere Gutmütigkeit und Vertrauensseligkeit. Zu retten ist nichts mehr und man muß Bulgarien fallen lassen. Zwar heißt es, der König hielt sich immer noch in Sofia auf. Aber die vorliegenden Neuigkeiten, die er getan haben soll, lassen doch erkennen, daß seine Wünsche und sein Wille nicht mehr berücksichtigt werden und daß er gezwungen war, mit der Waffe zu gehen. Man läßt sich auch, wenn man annimmt, daß Malinow nur eine Minderheit im Parlament hinter sich habe. Das war früher der Fall. Heute denkt man anders und das Volk in der Mehrheit steht auf der Seite Malinows.

Eine neue Erscheinung ist Rumänien, dessen Haltung mit Aufmerksamkeit beobachtet werden muß. Wunderbarerweise hat man dort in den letzten Tagen große Zurückhaltung gezeigt. Das ist zu erklären: Rumänien kann sich von einem bulgarischen Frieden wenig versprechen, doch erblickt es wiederum in dem Abfall Bulgariens von Deutschland und Oesterreich das Herannahen der Zeit, da es sich wieder frei machen kann.

Auch in Rumänien ist die Stellung der Deutschen bedroht, denn es wird der Entente selbstverständlich gelingen, einen Ausgleich zwischen Bulgarien zu finden; sie wird das vermögen, weil sie anders zu sprechen pflegt, als das nachsichtige Deutschland. Wir müssen daher auch hier die Augen offen halten. In wirklich ernsthaften politischen Kreisen zweifelt man heute nicht mehr, daß wir unsere Balkanpläne völlig begraben müssen und unsere Gewinne durch den Frieden von Bukarest aufzugeben gezwungen werden.

Eine Anfrage über Bulgarien im Reichstage.

Wie in Reichstagsabgeordnetenkreisen verlautet, ist die Zentrumsfraktion und die Fraktion der Sozialdemokraten entschlossen, die bulgarische Frage zum Gegenstand einer ersten Anfrage an die neue Reichsregierung zu machen, die aus den Mehrheitsparteien gebildet ist.

Benizelos über Bulgarien.

Der griechische Ministerpräsident Benizelos erklärte in Saloniki dem dortigen Berichterstatter des „Secolo“, Bulgarien habe sich durch die Annahme der ihm auferlegten Bedingungen als vollkommen besterzt und unfähig zu jedem weiteren Widerstand erklärt und seine ganze Zukunft in die Hände der Verbündeten gelegt. Diese würden dem Lande aber keine Bedingungen vorschreiben, die „über das Notwendige“ hinausgehen.

Rücktritt Malinows?

Nach der „Kriegszeitung“ soll der bisherige bulgarische Ministerpräsident Malinow, der das Waffenstillstandsangebot und den Abfall Bulgariens von den Mittelmächten auf seinem Gewissen hat, zurückgetreten sein.

Verstärkter Grenzschutz gegen Rumänien.

Aus London wird gemeldet: Die deutschen Patrouillen an der rumänischen Grenze wurden verdoppelt. Das deutsche Oberkommando in Rumänien hat angesichts der unsicheren Haltung der Bevölkerung energische Maßnahmen ergriffen. Es laufen Gerüchte um, daß Rumänien entschlossen sei, auf die Seite der Verbündeten zu treten. Neuer hört, daß in rumänischen Kreisen größte Verwirrung herrscht über die jetzt gebotene Gelegenheit, Rumänien von dem Joche der Fremdherrschaft zu befreien.

Wohl gemerkt — diese Meldung kommt aus englischer Quelle!

Ein Telegramm Poincarés an den König von Serbien.

Der Präsident von Frankreich Poincaré richtete an den König von Serbien folgendes Telegramm: „In dem Augenblick, wo die bulgarische Niederlage und der Waffenstillstand, der ihre Folge war, den Opfern Serbiens die Befreiung seines Gebietes und die Wiedergutmachung der erlittenen Ungerechtigkeiten sichert, versehe ich mich in Gedanken in die düstere Stunde der Invasion und Ihrer Reise ins Exil zurück. Ich habe damals Ew. Majestät im Namen der Regierung der Republik versprochen, daß Frankreich Ihr gemartertes Volk niemals verlassen werde. Die militärische Hilfe, die wir im Einvernehmen mit unseren Verbündeten in Ausführung dieser Verpflichtung gebracht haben, hat zwischen unseren Nationen eine Bräderschaft geschaffen, deren wohlthätige Wirkungen in dem siegreichen Frieden fortzuwirken werden.“

Halbes Gerücht über die Türkei.

Das aus London nach Holland gefangene Gerücht, daß die Türkei eine Bitt um Waffenstillstand an die Entente gerichtet habe, wird den Wiener Blättern von maßgebender Seite als durchaus nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Was die militärische Lage auf dem Balkan betrifft, so haben, wie die Blätter auf Grund von Informationen von maßgebender Seite melden, die Centralmächte alle Vorkehrungen getroffen, um die Verbindung mit der

Türkei auf dem Wasserwege, hauptsächlich über die Donau und das Schwarze Meer, auszugestalten und im äußersten Falle von der Durchfuhr durch bulgarisches Gebiet unabhängig zu sein. Allem Anschein nach streben serbische Abteilungen, bei denen sich auch Teile anderer Ententeverbände befinden, mit aller Macht danach, nach Mitserbien einzudringen. Sie werden aber dort an deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen Widerstand finden.

Damasz von den Engländern genommen. Palästinabericht: Bei der Einnahme von Damaskus wurden siebentausend Gefangene gemacht.

Die Friedensbestrebungen.

Neue 5 Punkte Wilsons.

Nach „Wass. Nachrichten“ haben die fünf Punkte der jüngsten Rede Wilsons am 27. September folgenden Wortlaut: 1. Die unparteiische Gerechtigkeit, die wir anstreben, wird keinen Unterschied machen dürfen zwischen denjenigen, gegen die wir gerecht sein wollen, und denjenigen, denen gegenüber wir nicht ungerecht sein wollen; sie wird eine Gerechtigkeit darstellen müssen, die keine Günstlingswirtschaft, sondern einzig das gleiche Recht der verschiedenen Völker kennt. 2. Kein individuelles oder spezielles Interesse irgendeiner Nation oder irgendeiner Gruppe von Nationen wird einen Teil der Vereinbarungen beeinflussen können, der nicht der Gesamtheit der Interessen aller entsprechen würde. 3. Innerhalb des allgemeinen Rahmens der gemeinsamen Familie der Völker der Nationen dürfte kein Platz sein für ein Sonderabkommen und Bündnisse oder Verständigungen zwischen Gruppen. 4. Noch weniger dürfte im Rahmen der Völker irgendeine Verbindung Platz finden, die wirtschaftlichen Sonderinteressen dienen soll. Man wird keine Klausel hinsichtlich des wirtschaftlichen Vorkontos oder Ausschlusses ins Auge fassen können, ausgenommen unter der Form einer wirtschaftlichen Strafbestimmung oder des Ausschlusses von den Weltmärkten, welche die Völker der Nationen als Disziplinarstrafe zu befechtigen berechtigt sein wird. (1) 5. Alle internationalen Abkommen und Verträge werden zur Kenntnis der ganzen Welt gebracht werden müssen.

Die Besprechungen in Wien.

Kaiser Karl empfing vorgestern den ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Kerek sowie verschiedene ungarische Politiker in Audienz. Die Besprechungen galten einerseits der Verwirklichung einer Kooperationsregierung in Ungarn, andererseits den weiteren Verhandlungen über die Ausarbeitung des Friedensprogramms Oesterreich-Ungarns. Die Gerüchte, welche mit aller Bestimmtheit schon für die allernächste Zeit einen neuen Friedensschritt voraussagen wollen, der dieses Programm bekanntgeben würde, haben bereits ein Dementi erfahren. Immerhin dürfte nach wie vor die Absicht bestehen, eine Verständigung mit Deutschland herbeizuführen und die Verhandlungen sofort aufzunehmen, sobald das Kabinett des Prinzen Mag von Baden endgültig gebildet ist.

Lord Londons Friedensarbeit.

„Daily Telegraph“ meldet: Lord Londons hat den ungewöhnlichen Schritt getan, dem Kabinett und dem König seine Ratschläge zur ehrenvollen Beendigung des Krieges anzutragen. Lord George ist bereit, Lord Londons in den nächsten Tagen zu einer Besprechung zu empfangen.

Die Londoner „Daily News“ meldet: Der größte Teil des englischen Volkes erwartet mit Spannung das Programm der neuen deutschen Regierung. Niemand außer den unbedenklichen Kriegsheerern kann von Deutschland die bedingungslose Annahme der 14 Leitsätze Wilsons fordern. Der größte Teil des englischen Volkes will Frieden. Die Frage der Kriegsschuld muß in den Verhandlungen ausbleiben. Wir müssen jetzt der Liquidation des Krieges entgegengehen.

Ein Friedensschritt Hollands?

Amsterdamer Depeschen melden, daß die entscheidenden Vorbereitungen zu einem Friedensschritt der Niederlande in der Sitzung des niederländischen Staatsministeriums im letzten Monat erfolgt seien.